



LAND BRANDENBURG

Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit  
Abteilung Arbeitsschutz | Postfach 90 02 36 | 14438 Potsdam

Landesamt für Umwelt  
Abteilung T 1, Referat T 13  
Genehmigungsverfahrensstelle Ost  
Postfach 60 10 61  
14410 Potsdam

**Landesamt für Arbeitsschutz,  
Verbraucherschutz und  
Gesundheit**  
**Abteilung Arbeitsschutz, AO1**

Besuchsanschrift:  
Tramper Chaussee 4, Haus 9, 16225 Eberswalde

Bearb.: Herr Materne  
Gesch.-Z.: **Bitte stets angeben.**  
AO1.22-3112-11383/2024-E  
E 201700035  
Telefon: 0331 8683-444  
Telefax: 0331 27548-1803  
<https://lavg.brandenburg.de/arbeitsschutz>  
[office.ost@lavg.brandenburg.de](mailto:office.ost@lavg.brandenburg.de)

Bus 910 (Haltestelle: Südend)

Eberswalde, 05.09.2024

## **Stellungnahme zum Genehmigungsverfahren nach BImSchG** **Reg.-Nr.: G04524**

Vorhaben: Errichtung und Betrieb einer Biomethananlage und Aufbau einer  
Rohstoffverarbeitungslinie

Antragsteller: VERBIO Pinnow GmbH  
Industrie- und Gewerbegebiet 43a  
16278 Pinnow  
Tel. 03332/2699304

Objektplaner: GfBU  
Mahlsdorfer Straße 61b  
15366 Hoppegarten  
Tel. 030/9928820

Standort: Industrie- und Gewerbegebiet 43a  
16278 Pinnow  
Gemarkung Pinnow, Flur 2  
Flurstück 543

Im Rahmen der Stellungnahme wurden innerhalb des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG) die Abteilungen Arbeitsschutz und Verbraucherschutz beteiligt.



#### Abteilung Arbeitsschutz

Der Erteilung der Genehmigung steht hinsichtlich der Belange der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit nichts entgegen, wenn das Bauvorhaben entsprechend den eingereichten Unterlagen errichtet wird und die u. g. Auflagen 1.1 bis 1.4 in den Genehmigungsbescheid aufgenommen werden.

#### Abteilung Verbraucherschutz

Nach Artikel 24 Abs. 1 der VO (EG) 1069/2009 bedürfen BGA, in denen tierische Nebenprodukte zur Vergärung eingesetzt werden, der Zulassung durch die zuständige Behörde.

Im Land Brandenburg ist nach § 2 Abs. 4 AGTierNebG das LAVG, Dezernat V1, die für die Zulassung und Überwachung von gemäß § 4 Abs. 1 BImSchG genehmigungsbedürftigen Anlagen nach Artikel 24 Abs. 1 Buchstabe g der VO (EG) Nr. 1069/2009 (Biogasanlagen und Kompostieranlagen) zuständige Behörde.

Gemäß Artikel 44 Abs.1 VO (EG) Nr. 1069/2009 lässt die zuständige Behörde eine Anlage nur dann zu, wenn sich bei einer Vor-Ort-Kontrolle vor Aufnahme der Tätigkeit erwiesen hat, dass die Anlage oder der Betrieb die einschlägigen Vorschriften gemäß Artikel 27 erfüllt.

Im vorliegenden Fall ist aus Sicht des LAVG, Dezernat V1, die Genehmigungsfähigkeit des Antrags auf Zulassung nach der VO (EG) 1069/2009 grundsätzlich gegeben.

Der erste Einsatz tierischer Nebenprodukte kann jedoch endgültig erst nach der o.g. Vor-Ort-Kontrolle der vollständig errichteten Anlage durch das LAVG, Dezernat V1, zugelassen werden. Vor der Besichtigung der vollständig errichteten Anlage und der Vorlage der Lieferverträge für die beantragten tierischen Nebenprodukte ist der Einsatz von tierischen Nebenprodukten nicht zulässig.

Zur Sicherstellung der o. g. und weiterer Anforderungen, die sich aus der VO (EG) Nr. 1069/2009 in Verbindung mit der VO (EU) Nr. 142/2011 ergeben, wurden die Bedingung 1.1 sowie die Auflagen 2.1 bis 2.9 und die Hinweise 2.1 bis 2.3 in diesen Bescheid aufgenommen.

Um Übersendung einer Durchschrift der Genehmigung, der Baubeginnanzeige und um Mitteilung des Endabnahmetermins wird gebeten.

Im Rahmen der Stellungnahme des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit sind keine Gebühren für öffentliche Leistungen im Sinne von § 2 GebGBbg angefallen.

## Nebenbestimmungen gemäß § 1 Abs. 1 VwVfGBbg i. V. m. § 36 Abs. 2 VwVfG

### Bedingung

#### 1. Abteilung Verbraucherschutz

- 1.1 Die Genehmigung ergeht unter der aufschiebenden Bedingung, dass der erstmalige Einsatz der beantragten tierischen Nebenprodukte (hier: AS 020106 – tierische Ausscheidung in Form von Festmist) erst erfolgen darf,
- nachdem dem Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG), Dezernat V1, die Lieferverträge einschließlich der Angabe liefernder Betriebsstätten für o. g. tierische Nebenprodukte vorgelegt werden  
und
  - nachdem vom LAVG, Dezernat V1, durch Besichtigung der vollständig errichteten Biogasanlage festgestellt wurde, dass die Zulassungsvoraussetzungen gemäß Artikel 27 der VO (EG) Nr. 1069/2009 erfüllt sind.

### Auflagen

#### 1. Abteilung Arbeitsschutz

- 1.1 Für die Rohstoffverarbeitungslinie ist vor Aufnahme des Betriebes eine Gefährdungsbeurteilung zu erstellen.  
(§ 5 ArbSchG)
- 1.2 Der Hallenneubau ist mit einer Sicherheitsbeleuchtung auszurüsten.  
(§ 3a Abs. 1, Anhang 2.3 und 3.4 ArbStättV)
- 1.3 Der Hallenkran ist vor der erstmaligen Inbetriebnahme durch einen Prüfsachverständigen zu prüfen.  
(§ 14, Anhang 3 BetrSichV)
- 1.4 Die kraftbetätigten Tore müssen vor der ersten Inbetriebnahme sowie wiederkehrend von einem Sachkundigen geprüft werden. Die Ergebnisse der Prüfung sind aufzuzeichnen und in der Arbeitsstätte aufzubewahren.  
(§ 3a ArbStättV in Verbindung mit ASR A1.7)

2. Abteilung Verbraucherschutz

- 2.1 Nach der hier eingeschlossenen Zulassung gemäß Artikel 24 Abs. 1 der VO (EG) Nr. 1069/2009 dürfen in der BGA antragsgemäß ausschließlich die tierischen Nebenprodukte der Kategorie 2 (hier: AS 020106 – tierische Ausscheidung in Form von Festmist) eingesetzt werden.
- 2.2 Ein beabsichtigter Einsatz anderer tierischer Nebenprodukte oder tierischer Nebenprodukte anderer Herkunft bedarf der Zustimmung des LAVG, Dezernat V1, und ist zuvor schriftlich anzuzeigen.
- 2.3 Vor dem geplanten Einsatz der beantragten tierischen Nebenprodukte ist zur Überprüfung der Einhaltung der Zulassungsvoraussetzung und zur Vergabe der amtlichen Zulassungsnummer mit dem LAVG, Dezernat V1, ein Termin für eine Vor-Ort-Kontrolle zu vereinbaren.
- 2.4 Die Verwendung von tierischen Nebenprodukten in der BGA aus Herkunftsbetrieben, die tierseuchenrechtlichen Maßnahmen unterliegen, ist unzulässig.
- 2.5 In der BGA sind Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen präventiv, insbesondere gegen Nager, Insekten und anderes Ungeziefer, regelmäßig durchzuführen und zu dokumentieren. Für eine systematische Schädlingsbekämpfung ist ein Plan zu erstellen.
- 2.6 Für alle Bereiche der BGA sind Reinigungsverfahren festzulegen und zu dokumentieren. Geeignete Reinigungsgeräte und -mittel sind zur Verfügung zu stellen. Für die BGA ist ein Reinigungsplan zu erstellen.
- 2.7 Die Anlagenbetreiberin hat ein ständiges schriftliches Verfahren auf der Grundlage von Gefahrenanalyse und kritischen Kontrollpunkten in einem HACCP - Konzept festzulegen und anzuwenden.
- 2.8 Auf dem Gelände der BGA sind alle Wege sowie die zum Be- oder Entladen von Fahrzeugen benötigten Flächen so zu befestigen, dass sie desinfizierbar sind.
- 2.9 Der separierte Gärrest ist so zu handhaben und zu lagern, dass eine Rekontamination mit den Einsatzstoffen ausgeschlossen ist.

## Hinweise

### 1. Abteilung Arbeitsschutz

- 1.1 Bei der Durchführung des Bauvorhabens ist die Baustellenverordnung vom 10.06.1998 (BGBL. I S.1283) zu beachten.

### 2. Abteilung Verbraucherschutz

- 2.1 Bei der Errichtung und dem Betrieb der BGA sowie bei der Verwendung der Fermentationsrückstände sind die einschlägigen Rechtsvorschriften, insbesondere die Bestimmungen der VO (EG) Nr. 1069/2009 in Verbindung mit der VO (EU) Nr. 142/2011 in der jeweils geltenden Fassung, zu beachten. Bei Nichteinhaltung der Zulassungsvoraussetzungen nach der VO (EG) Nr. 1069/2009 in Verbindung mit der VO (EU) Nr. 142/2011 kann die Zulassung unverzüglich ausgesetzt oder entzogen werden (Art. 46 VO (EG) Nr. 1069/2009).
- 2.2 Sollten tierische Nebenprodukte von außerhalb Deutschlands gelegenen Betrieben bezogen werden, kann der Antrag auf Genehmigung der Annahme von Material der Kategorie 2 nach Artikel 48 Abs. 1 Satz 2 VO (EG) 1069/2009 beim innergemeinschaftlichen Verbringen, beim LAVG, Dezernat V2 gestellt werden.
- 2.3 Der Betreiberin der BGA wird die für den Betrieb der Anlage erforderliche amtliche Zulassungsnummer gemäß Artikel 47 Abs. 1 der VO (EG) Nr. 1069/2009 erst nach der Abnahme durch die zuständige Überwachungsbehörde (hier im Ergebnis der Vor-Ort-Kontrolle) schriftlich mitgeteilt.

Im Auftrag

Materne

## Anlagen

Antragsunterlagen